



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

8. Jahrgang
Nr. 21 Juli/3 2022

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungs- mitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprähsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betrefts weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

So sieht es leider aus, wenn Parteilichkeit und Rassismus herrschen und diese dann als «wahre» Meinung verbreitet werden, anstatt in Ehre und Würde sowie im Verhalten neutral zu sein, sowie bedacht wahrlich selbst zu denken:

Billy

Völkerkunde mit Anna Kupriy bei der Landeszentrale für politische Bildung: Russen sind faul, die Ukrainer fleissig

Ein Artikel von Rupert koppold; 25. Juli 2022 um 11:00

In einem Blog erklärt eine aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtete Journalistin pauschal das russische Volk. Es sei faul, bequem, aggressiv, bindungslos und nicht empathiefähig. Ukrainer dagegen werden als in allen Bereichen vorbildhaft geschildert. Die Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg hat diesem «Ukraine-Tagebuch» viel Platz eingeräumt. Und das verwundert kaum, wenn man auch die eigenen Texte der Landeszentrale in Sachen Ukraine liest. Von Rupert Koppold



Titelbild: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, CC0

«Wir bieten Information und Orientierung für die Meinungs- und Urteilsbildung in einer komplizierter werdenden Welt», so verspricht es die baden-württembergische Landeszentrale für politische Bildung (lpb) und verweist auf ihre Selbstverpflichtung:

«Wir sind offen gegenüber Menschen und Themen und treten für Akzeptanz und Toleranz gegenüber ihren Positionen und Fragestellungen ein.»

Ebenso preist sich die Institution, die sich als überparteilich versteht:

«Wir sind Garant für Pluralität, Ausgewogenheit und Qualität in der politischen Bildung»

Doch dann findet man auf der lpb-Homepage Sätze wie diesen:

«Die Vorfahren der Russen sind Nomaden. Sie waren gezwungen, irgendwohin zu ziehen, jemanden zu erobern, aggressiver zu sein, um sich selbst Lebensbedingungen zu verschaffen. Der Nomade hat keine Bindung an das Land. Daher der Unwillen und die Unfähigkeit, sich die Welt um ihn herum einzurichten, sich anzustrengen, um bequem zu leben.»

Als vorbildlich werden dagegen die Ukrainer beschrieben, sie seien «... sparsam, verwurzelt in dieser sehr sesshaften Lebensweise, sowie in dem Wunsch, das zu schützen, was man hat und ein Höchstmaß an Friedfertigkeit zu erreichen.»

Sind das Zitate aus der rassistisch angehauchten Völkerkunde vergangener Zeiten? Sollen hier dumpf-dumme Ressentiments nur deshalb angeführt werden, um sich von ihnen zu distanzieren und danach die Fortschritte der modernen Ethnologie aufzuzeigen? Nein, leider nicht. Die Sätze sind ernst gemeint und aktuell. Geschrieben wurden sie von der ukrainischen Journalistin Anna Kupriy, die nach Ausbruch des Krieges von Odessa nach Deutschland geflüchtet ist. Sie lebe derzeit in der Nähe von Stuttgart, schreibt die Landeszentrale für politische Bildung, die Frau Kupriy auf ihrer Homepage Platz für einen Blog eingerichtet hat. Mittlerweile sind dreizehn Folgen dieses «Ukraine-Tagebuchs» erschienen.

Die oben zitierten Sätze sind keine Ausrutscher. Sie sind wohl auch nicht (oder nicht nur) nachvollziehbare Reaktion eines Opfers, geschrieben in einer Art innerem Ausnahmezustand aus Angst, Wut und Verzweiflung. Vielmehr wirken sie wie der Ausdruck einer Haltung, die sich schon lange vor Kriegsbeginn herausgebildet hat. Es ist eine Haltung ultranationalistischer Selbstüberhöhung, die nicht nur die Regierung oder das Militär des «wilden, aggressiven Nachbarn» zum Feind erklärt, sondern das gesamte und als minderwertig geschilderte russische Volk.

«Die Denkweise vieler Russen ist überwiegend asiatisch, die der Ukrainer europäisch», konstatiert Anna Kupriy und betont, was Ukrainer und Russen ausserdem unterscheide: «Russen gelten als weniger empathiefähig ...».

Überhaupt dieses Russland:

«Trinkende Familien, Armut und mangelnde Bereitschaft, sich zu entwickeln – ein fruchtbarer Boden für jemanden, der einen Krieg anzetteln will.»

Und daraus folgt für Anna Kupriy: «... keiner der bewussten Ukrainer (wird) einen Russen als Bruder bezeichnen. Und mehr noch: Er wird diesen Vergleich als Beleidigung empfinden.»

«Für die Ukrainer waren Männer und Frauen historisch gesehen immer gleichberechtigt, und unsere Haltung Frauen gegenüber ist ästhetisch ...», so steht es in diesem Ukraine-Tagebuch. Dagegen in Russland:

«In der Moskauer Tradition hat immer ein Mann eine Frau geführt. Wenn er dich schlägt, bedeutet das, dass er dich liebt. Das ist der springende Punkt in der russischen Auffassung von Familienwerten.» Nein, Anna Kupriy versteht sich nicht als Märchenerzählerin, aber sie kennt sich im Genre aus. Das liest sich dann so:

«Die ukrainische Märchenfigur ist aktiv, sie rüstet ständig den Raum um sich aus und verändert ihn, indem sie Gerechtigkeit sucht.»

Dagegen:

«Eine russische Märchenfigur wartet auf den Segen von jemandem ...»

Anna Kupriy beweist auch, dass die ukrainische Sprache weniger mit der russischen gemein hat, als manche denken. Und will damit wohl indirekt zu verstehen geben, dass russisch sprechende Ukrainer, also ein knappes Drittel der Bevölkerung, für sie keine echten Ukrainer sind.

Wenn man diesen Blog liest, muss man zum Schluss kommen, dass Ukrainer in ihrer «Wertigkeit» an der Spitze aller Völker stehen. Frau Kupriy jedenfalls weiss:

«Die Ukrainer sind universell einsetzbar, beherrschen mühelos mehrere Spezialgebiete und sind dabei erstaunlich effizient.»

Und dann schreibt sie in direkter Leseransprache und vertraulichem Aufklärungston: «Nach dem Beginn des Krieges im Februar 2022 wurden in einigen Regionen Polens die Bauarbeiten massiv eingestellt. Weisst du, warum? Weil die ukrainischen Männer, die in Polen arbeiteten, ihre Arbeit aufgaben und in die Ukraine zurückkehrten, um sie zu verteidigen.» Dass es vielleicht Ausdruck eines maroden Wirtschaftssystems sein könnte, wenn ein signifikanter Teil der Bevölkerung Arbeit im Ausland suchen muss, kommt Anna Kupriy nicht in den Sinn.

Und so geht die «Aufklärung» weiter: «Weisst du, welche Art von Geschäft in Polen danach eine unerwartete Entwicklung genommen hat? Die Gastronomie. Ukrainische Frauen, die nach Polen kamen, sahen sich um und beschlossen: Wir können nicht untätig bleiben. Eine nach der anderen eröffneten dort kleine Bäckereien und Cafés mit ukrainischer Küche. Als Nächstes steht ein Durchbruch im Bereich der Schönheitsindustrie an: Ukrainische Frauen, die eine Arbeitserlaubnis erhalten haben, bieten Maniküre, Haarschnitt und Tätowierungen an. Und wir wissen, wie man arbeitet, glaube mir!» Man will jetzt lieber nicht fragen, welche Art von Tätowierungen oder welche Art von Dienstleistungen sonst noch angeboten werden. Aber man sollte spätestens jetzt darauf hinweisen, wie die ökonomische Situation der Ukraine tatsächlich ist. Werner Rügemer zum Beispiel hat dies neulich in den NachDenkSeiten ausführlich und detailliert getan.

Die Lobpreisung der Ukrainer und der Ukraine, verbunden mit der Herabsetzung anderer Nationalitäten und Völker, setzt sich bei Frau Kupriy übrigens auch gegenüber ihrem Gastland fort. Deutschland ist in den Augen dieser Ukrainerin nämlich erstaunlich rückständig. In ihrem Land seien «24-Stunden-Supermärkte und -Apotheken längst alltäglich geworden. Eine besondere Überraschung für die Ukrainer ist daher ein vollwertiges Wochenende, an dem alles geschlossen ist ...» Oder die unnütze deutsche Post! «In unserem Land sehen wir die klassische Post als eine Art Archaismus an. Wir lösen alle Probleme durch Telefonate und Chatten mit Instant Messengern ...»

Schlimm ist in Deutschland auch das Internet: «Das Internet ist in unserem Land fast überall verfügbar ... Hier (also in Deutschland) sind wir mit der Tatsache konfrontiert, dass es in kleinen Städten und Mietshäusern oft kein Internet gibt ...» Ist noch etwas besser in der Ukraine? Aber ja: «Ich habe mehr als einmal gehört, dass trotz des hohen Niveaus der medizinischen Versorgung in Deutschland der Service in der Ukraine effizienter aufgebaut ist.»

In ihrem Blog preist Frau Kupriy, die vor dem Krieg neben ihrer Journalistentätigkeit (über die wenig Konkretes zu erfahren ist) in der Tourismusbranche gearbeitet hat, auch ihre Heimatstadt Odessa an. So wie sie dies schon in der Ankündigung zu ihren damaligen Führungen tat. «Unglaubliche Träumer, spielende Abenteurer, grosszügige Gönner, kluge Geschäftsleute und Abenteurer ... Die Menschen, die unsere Stadt regierten, waren sehr unterschiedlich. Aber jeder von ihnen, der am Ruder stand, steuerte auf den Erfolg zu – nicht auf sich selbst. Für Odessa.» Das müsste dann wohl auch, obwohl er namentlich nicht erwähnt wird, für Gennady Trukhanov gelten. Der ist seit 2014 Bürgermeister der Stadt und dazu, schon lange vor diesem Datum und nicht nur laut BBC, führendes Mitglied der berüchtigten Odessa Mafia.

Aber Anna Kupriy, die nach eigenen Angaben alles über Odessa weiss, verstand ihre Aufgabe als Stadtführerin eben so, dass sie «die Leute zu Verliebten» machen wollte, «sie sollten sich in Odessa verlieben. Das war meine Arbeit die letzten fünf Jahre vor dem Krieg.» Also lieber nichts über Odessas brodelnde Kriminalgeschichte sagen und auch nichts über das dortige Gewerkschaftshaus, in dem am 2. Mai 2014 ein Pro-Maidan-Mob linke Maidan-Gegner eingeschlossen und verbrannt hat, ein von den Behörden nie aufgeklärter, weil nie wirklich verfolgter Massenmord.

Der Romancier Eugen Ruge («In Zeiten des abnehmenden Lichts») hat damals in der «Zeit» geschrieben: «Da werden in Odessa 40 Menschen von Maidan-Anhängern ermordet, aber der Deutschlandfunk formuliert so lange an der Meldung herum, bis irgendwie, man weiss nicht, wie, das Gegenteil herauskommt.» (Ruges hellsichtiger und von heute aus betrachtet fast prophetischer Text wurde vom «Infosperber» nachgedruckt.

Und das bringt uns zurück zur Landeszentrale für politische Bildung. Ist das Ukraine-Tagebuch von Frau Kupriy versehentlich auf deren Homepage gelandet? Oder verantwortet und vertritt diese Institution diesen Blog tatsächlich inhaltlich? Eine Relativierung, gar eine Distanzierung findet jedenfalls nicht statt. Und das wundert dann etwas weniger, wenn man den eigenen Ipb-Beitrag zur Geschichte der Ukraine liest. «Mehr als 2,4 Millionen Männer und Frauen wurden als sogenannte ‹Ostarbeiter› aus der Ukraine, die von September 1941 an als ‹Reichskommissariat Ukraine› von den Nationalsozialisten besetzt worden war, ins Deutsche Reich verschleppt, wo sie in zahlreichen Betrieben Zwangsarbeit leisten mussten und oftmals daran starben. Allerdings sind auch Formen der Kollaboration mit den nationalsozialistischen Machthabern dokumentiert. Mit der Gründung nationaler Gruppierungen wie etwa der ‹Organisation Ukrainischer Nationalisten› erhofften sich einige Ukrainer neuen Aufschwung eines von Hitler unterstützten Nationalstaats.»

Und das war's auch schon fast zur Kollaboration ukrainischer Nationalisten und Faschisten mit dem deutschen Hitler-Reich, mit der Wehrmacht, mit der SS. Die massive Kollaboration bei der Ermordung ukrainischer Juden wird komplett ignoriert. So formuliert die Ipb: «Neben Massenmorden an Jüdinnen und Juden in Charkiw, Berditschew und an anderen Orten ist das Massaker von Babyn Jar in der Nähe von Kiew das bis heute bekannteste Verbrechen der deutschen Wehrmacht auf ukrainischem Boden. In der Schlucht von Babyn Jar wurden mehr als 30'000 Menschen ermordet.» Tatsächlich, so schreibt der Historiker Grzegorz Rossoliński-Liebe, wurden diese Verbrechen der deutschen Nazis unter grosser und aktiver Mithilfe vieler ukrainischer Nationalisten begangen. Bei der Landeszentrale aber geht der Text zu Babyn Jar mit einer anderen Täterzuweisung weiter: «Die wenigen Überlebenden wurden nach der Rückeroberung der Ukraine durch die Rote Armee 1944 Opfer antijüdischer Kampagnen durch die Sowjetunion.»

Es ist geradezu obszön, wenn die Selenski-Regierung sich, etwa in der israelischen Knesset, so besorgt um die Gedenkstätte Babyn Jar zeigt, das eigene Land nur als Hort der Nazi-Opfer oder Widerstandskämpfer darstellt – und gleichzeitig Denkmäler für die eigenen Mittäter errichtet! Denn es wurden und werden in der Ukraine ja nicht nur Strassen benannt nach dem zum Nationalhelden erkorenen Antisemiten und Faschistenführer Stepan Bandera, der die Ukraine ethnisch säubern wollte. Diesem ‹Helden› zu Ehren wurden und werden auch Statuen errichtet – die in Lviv alias Lemberg ist sieben Meter hoch! In der Ukraine wurde Bandera eben nicht nur von den neonazistischen Asow-Kriegern als Vorbild erkoren.

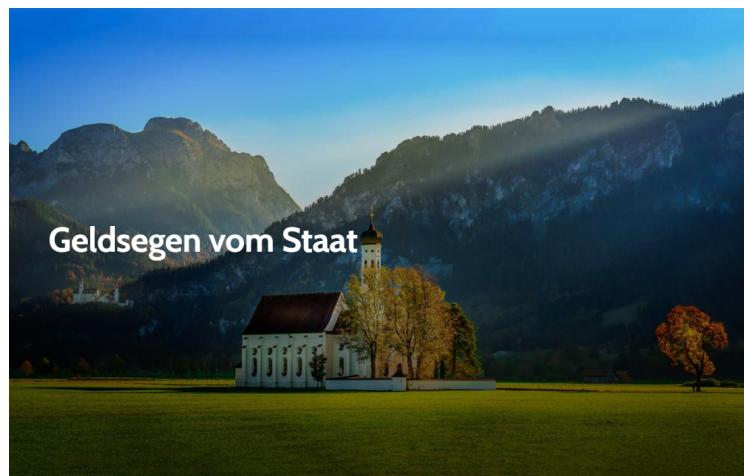
Stepan Bandera? Wer war das nochmal? In den grossen deutschen Medien tauchte er höchstens am Rande und/oder in verschwommenen Beschreibungen auf, meist wurde er ganz verschwiegen. Als Tilo Jung neulich in seinem Podcast ‹Jung und Naiv› den ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk in einem Interview als Bandera-Anhänger zeigte, schüttelten sich die deutschen Qualitätsmedien kurz und taten so, als wären sie erstaunt (sie hatten natürlich alles gewusst, aber meist nicht publiziert), lieferten dann entschuldigende Zeilen zu Bandera – Tenor: Eine komplizierte Figur, andere Zeiten etc. – und zogen sich wieder ins Verschweigen zurück. Auch in der Landeszentrale für politische Bildung scheint ihn niemand zu kennen. Jedenfalls kommt der Name Bandera im Text zur Ukraine-Geschichte nicht vor.

Im Mai dieses Jahres hatte ich folgende Frage an die Ipb gesandt:

**«Sehr geehrte Damen und Herren,
es geht um die Geschichte der Ukraine in ihrem Text. Warum fehlen Worte wie Asow und Bandera? Letzterer war ein Faschist, Nazi-Kollaborateur, Judenhasser, Mörder. Seine Gruppe war an Pogromen beteiligt. Bandera aber ist eine Art Gründungsvater der Ukraine geworden. Geehrt mit Denkmälern, Strassennamen, Fackelzügen.»**

**Mir wurde der Eingang der Frage bestätigt. Eine Antwort habe ich allerdings nicht erhalten.
Die Landeszentrale für politische Bildung hat sicher ihre Verdienste. Was sie sich in Sachen Ukraine leistet, ist, man muss es wohl so formulieren, propagandistische Geschichtsklitterung. Und was sie sich mit der Veröffentlichung dieses unsäglichen Ukraine-Tagebuch-Blogs leistet, das torpediert die propagierten Werte Aufklärung, Toleranz, Völkerverständigung oder Friedenswillen. Geben wir das letzte fatal-unversöhnliche Wort an Anna Kupriy: «... es ist unwahrscheinlich, dass die Ukrainer auch nach mehreren Generationen die Kraft zur Vergebung finden können.»**

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86230>

*Titelbild: Rusya007/ Shutterstock**Ein Artikel von Helmut Ortner, 24. Juli 2022 um 14:00*

Immer weniger Mitglieder, aber immer mehr Geld vom Staat. Rund 594 Millionen Euro an «Staatsleistungen» werden auch in diesem Jahr den Kirchen aufgrund von Regelungen aus dem 19. Jahrhundert überwiesen. Dabei sollten diese Zahlungen schon vor 102 Jahren abgeschafft werden. Doch passiert ist bislang nichts. Von Helmut Ortner.

Wenn man Menschen – ganz gleich, ob gläubig oder ungläubig – versucht, die sogenannten «Staatsleistungen» zu erklären, trifft man auf Kopfschütteln. Kaum jemand weiss davon. Es geht dabei nicht um staatliche Zahlungen, etwa für den Betrieb von Kindergärten, Krankenhäusern, Pflege- und Seniorenheimen, die ohnehin fast vollständig an Caritas oder Diakonie von öffentlichen Haushalten (also von allen Steuerzahldern) geleistet werden. Nein, die Kirchen bekommen das Geld als – salopp formuliert – «Ausgleichszahlungen» aufgrund der Säkularisation Anfang des 19. Jahrhunderts. Zur Zeit der napoleonischen Kriege wurden die geistlichen Territorien und Kirchengüter des «Heiligen Römischen Reichs» säkularisiert, das heisst, sie wurden der Hoheit der grösseren weltlichen Landesfürsten unterstellt. Der Staat verpflichtete sich gegenüber den Kirchen im Gegenzug dazu, sie für ihre Verluste zu entschädigen und etwa den Unterhalt der Pfarrer sicherzustellen.

Sowohl die Weimarer Reichsverfassung (1919) als auch das Grundgesetz (1949) verlangen, dass diese Staatsleistungen beendet, d.h. abgelöst werden. Ein frommer Wunsch. Keine Regierung der letzten Jahrzehnte, gleich ob christ- sozialdemokratisch oder rot-grün, sah hier Handlungsbedarf. Die eherne Komplizenschaft von Staat und Kirche überdauerte alle Regierungen. Nun sind FDP und Grüne gemeinsam mit der SPD nicht mehr Opposition, sondern Regierung. Doch die Ampel schaltet nicht um: Der Entwurf wartet noch immer auf seine Umsetzung. Ein andauernder Verfassungsbruch.

Immerhin: Im März 2020 hatten Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke einen gemeinsamen «Entwurf für ein Grundsätzgesetz zur Ablösung der Staatsleistungen» in den Bundestag eingebracht. Er sah vor, dass sich die Ablösezahlung am Bewertungsgesetz orientieren und auf das 18,6-Fache des jeweiligen Zahlungsbetrages aus dem Jahr 2020 belaufen sollte. Zusätzlich sind 20 Jahre lang die bisherigen Staatsleistungen weiterzuzahlen. Mittlerweile belaufen sich diese Zahlungen, die von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich hoch sind, auf eine Gesamtsumme von nicht weniger als eine halbe Milliarde. Pro Jahr. Aus dem Geld aller Steuerzahler, ob religiös oder nicht. Insgesamt sollen seit Gründung der Bundesrepublik auf diesem Wege mindestens 19 Milliarden Euro in die Kirchenkassen geflossen sein.

Auch in diesem Jahr können sich die beiden grossen Kirchen über einen staatlichen Geldsegen freuen: Rund 594 Millionen Euro werden in die Bundesländer überwiesen. Davon entfallen etwa 59 Prozent auf die evangelische und 41 Prozent auf die katholische Kirche. Das sehen die Haushaltspläne der Bundesländer (ausser Bremen und Hamburg) vor, die die Humanistische Union (HU) seit Jahren auswertet. Die Zahlenangaben beruhen auf den Haushaltsplänen der 14 Bundesländer (Hamburg und Bremen zahlen als ehemalige Freie und Hansestädte keine Staatsleistungen an die Kirchen).

Die Gesamtsumme der Zahlungen für das Jahr 2022 beläuft sich auf 594 Mio. Euro (594'017'50). Das ist gegenüber 2021 (581 Mio. Euro) ein Anstieg um 2,2 Prozent. Bei Annahme der gleichen Anstiegsrate – die aufgrund der jährlichen Anpassungsklauseln zu erwarten ist – werden die Staatsleistungen für 2023 die 600-Mio. Marke übersteigen und schätzungsweise rund 607 Mio. Euro betragen.

Der aktuelle HU-Bericht verweist darauf, dass auch in diesem Jahr bei den Haushaltsberatungen «in keinem einzigen Bundesland die Abgeordneten die Staatsleistungen angesprochen, geschweige denn kritisch diskutiert haben.» Auch nicht in den Ländern, die – gemessen an ihrer Einwohnerzahl – extrem viel Geld für die beiden Kirchen vorsehen, wie zum Beispiel Sachsen-Anhalt (40 Millionen Euro), Rheinland-Pfalz (66 Millionen Euro), Thüringen (28 Millionen Euro) oder Baden-Württemberg (137 Millionen Euro).

Seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes ergeben sich kumuliert Zahlungen der 14 Länder von über 20 Milliarden Euro. Hinzu kommen Zahlungen für ihre gesellschaftlich nützlichen sozialen Aktivitäten in Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten, Pflegeeinrichtungen oder beim Denkmalschutz werden die Kirchen ohnehin auf andere Weise nahezu vollständig öffentlich finanziert und geniessen darüber hinaus umfangreiche Steuer- und Abgabenprivilegien. Auch auf das solide Finanzpolster, das die gesetzliche Kirchensteuer den Kirchen ohnehin garantiert, müssen sie zukünftig nicht verzichten. Allein im Jahr 2020 nahm die Katholische Kirche rund 6,45 Milliarden Euro und die Evangelische Kirche etwa 5,63 Milliarden Euro durch die Kirchensteuer ein.

In Zeiten, in denen die Mitgliederzahlen der beiden grossen Kirchen dramatisch zurückgehen (im Jahr 2020 traten rund 220'000 Personen aus der Evangelischen Kirche und ca. 221'000 Personen aus der Katholischen Kirche aus. Dieser Trend hat sich auch 2021 fortgesetzt: allein die Katholische Kirche verlor 360'000 Mitglieder), sind die horrenden Zahlungen der Staatsleistungen kaum mehr vermittelbar.

Tatsache ist: Immer mehr Menschen entscheiden sich für ein Leben in Konfessionsfreiheit. Vor 50 Jahren waren es in Deutschland unter vier Prozent, heute sind es über vierzig Prozent. Ihnen ist nicht länger zuzumuten, weiterhin die institutionelle Förderung exklusiv mit jährlichen Steigerungsraten aus allgemeinen Steuermitteln mitzufinanzieren. Die Ampel-Regierung sollte dem permanenten Verfassungsbruch ein Ende zu setzen.

Helmut Ortner hat bislang mehr als zwanzig Bücher, überwiegend politische Sachbücher und Biografien, veröffentlicht. Zuletzt erschienen: »Widerstreit: Über Macht, Wahn und Widerstand und Volk im Wahn – Hitlers Deutsche oder Die Gegenwart der Vergangenheit (April 2022). Seine Bücher wurden bislang in 14 Sprachen übersetzt.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86166>

IT IS HIGH TIME THAT SCHOLZ LEAVES NATO-Krieg auf deutsche Kosten

Autor: Uli Gellermann, Datum: 22.07.2022

So schön hatte die NATO sich das vorgestellt: Die Russen einkreisen, bis sie keine Luft mehr kriegen, keine Puffer mehr zwischen der russischen Armee und der NATO haben, kein Vorfeld mehr für militärische Bewegungen hätten, solange, bis die Russen sich ergeben und jede geostrategische Vorsicht hätten fallen lassen.

Russen haben sich nicht preisgegeben

Die Russen haben sich nicht preisgegeben. Sie haben der NATO die letzte Grenze gezeigt. Und die lag in der Ukraine. Das will die NATO bis heute nicht begreifen: Sie lässt die Ukrainer weiterhin einen aussichtslosen Kampf kämpfen. Nicht für ihr Land, sondern für die US-NATO.

Wirtschaftliche Sanktionen aller Art

Weil die Russen sich tatsächlich nicht preisgeben wollen, wollen die NATO-Staaten, allen voran Deutschland, die Russen bestrafen: Sie überziehen sie mit wirtschaftlichen Sanktionen aller Art. In der Hoffnung, die Russen knicken ein, fressen den USA aus der Hand und kriechen zurück in strategisch schlechte Positionen.

Die Russen kriechen nicht

Aber die Russen kriechen nicht: Obwohl sie die wirtschaftlichen Sanktionen nicht eins-zu-eins beantworten, denken sie nur öffentlich darüber nach, wie sie antworten könnten. Wenn sie wollten. Schon das öffentliche Nachdenken hat den grössten deutschen Gasimporteur UNIPER in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht: Statt des preiswerten russischen Gases kauft der Konzern teures Gas auf dem Weltmarkt ein.

Kanzler Scholz predigt Solidarität

Jetzt predigte Kanzler Scholz Solidarität, als er das Rettungspaket für den Gas-Riesen Uniper vorstellte: «You'll never walk alone». Natürlich gilt die Solidarität nicht den Verbrauchern, denen ein kalter Winter und hohe Preise drohen. Den Deutschen drohen durch diese Regierung noch mehr Gefahren. Der Grünen-Politiker Anton Hofreiter meint tatsächlich: «Wir haben nur eine Chance auf Frieden, wenn die Sanktionen so hart sind und die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine so hoch ist, dass es sich für das russische Regime eher lohnt, den Krieg zu beenden, als ihn fortzuführen.» Im Klartext: GRÜNE und FDP wollen den Ukraine-Krieg bis zum letzten Ukrainer gewinnen. Scholz hat seine Koalition offenkundig nicht im Griff.

Der Krieg könnte ein Ende finden

Wer bei Verstand ist, der weiss, dass der Krieg ein Ende finden könnte, wenn man sich auf Verhandlungen orientierte und nicht auf weitere Waffenlieferungen. Aber die durchgedrehten Jünger der Rüstungsindustrie wollen den Krieg verlängern, weil das den Profit vergrössert.

Es ist an der Zeit, dass der NATO-Krieg auf Kosten der Ukrainer und der Deutschen beendet wird. It is high time that Scholz leaves!

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/it-is-high-time-that-scholz-leaves>

Heulen und Zähnekirschen

Von Dr. Norbert van Handel, 19. Juli 2022



Besonders besorgt zeigte sich kürzlich die EU-Kommission über die zu erwartende Rezension in der zweiten Jahreshälfte und da besonders um die Energieversorgung.

1. Man darf sich, höflich gesagt, wundern.

Nachdem die Laienspieltruppe in Brüssel eine Unzahl von Sanktionen gegen Russland verfügt hat, gibt man sich nunmehr erstaunt, dass Russland die Erdöl- und Erdgasversorgung Westeuropas sukzessive schliesst.

Ja was hat man denn eigentlich erwartet?

Wenn man sich in einen mehr als bedauerlichen Krieg zwischen zwei Ländern, die weder der EU noch der Nato angehören, in dieser Art und Weise einmischt, wie es die EU und vor allem die sie dominierende NATO bzw. die USA verlangen, darf man sich nicht wundern, wenn Russland die Energieversorgung, vor allem mit Öl und Gas, sukzessive stoppt.

1. Auch die europarechtliche Situation scheint überlegenswert zu sein. Jawohl, die EU kann Sanktionen verhängen, jedoch muss ihr Einsatz gezielt sein und sollen alle negativen humanitären Auswirkungen und alle unbeabsichtigten Folgen für Personen, gegen die sie sich nicht richten oder auch Nachbarländer, so gering wie möglich sein. (Rat der Europäischen Union vom 7. Juni 2004)

Wenn aber 27 Mitgliedsländer, die bedauerlicherweise den Sanktionen zugestimmt haben – es gilt das Einstimmigkeitsprinzip – dramatisch unter diesen leiden, so entspricht das mit Sicherheit nicht den Grundprinzipien für den Einsatz von Sanktionen.

Es entspricht auch kaum dem Sinn und Zweck der EU als Instrument der Verarmung ihrer Mitgliedsländer zu agieren.

Bei so schweren Verwerfungen wäre es geboten gewesen, die Bevölkerungen der einzelnen Mitglieder zu fragen, ob sie damit einverstanden sind.

Stattdessen will man sogar neue Sanktionen betreffend des Goldverkehrs der Russischen Föderation machen, ohne anscheinend zu wissen, dass das Goldgeschäft überwiegend in Indien und China stattfindet und jeden Manipulationen der Zentralbanken ausgesetzt ist.

2. Die Nomenklatura in Brüssel will nun Ungarn verklagen, wegen seines Gesetzes zur Einschränkung von Informationen über Homosexualität und Transsexualität, die vor allem dazu dienen, Kinder in ihrer Entwicklung zu behindern.

Man feiert direkt die Homosexualität (die uns im Privaten nicht interessiert) ab, garniert mit der Forderung, dass die Abtreibung ein Recht für alle sein sollte.

Wollen wir diese EU wirklich noch?

Ein besonders negatives Beispiel ist dabei das neutrale Österreich, dem es ohne weiteres möglich gewesen wäre, gegen die Sanktionen zu stimmen und seine mühsam aufgebauten wirtschaftlichen, vor allem energiepolitischen, Beziehungen zu Russland nicht zu zerstören.

Wenn die EU in dieser Form überhaupt zu halten ist, wird es dringender denn je notwendig sein, eine starke mitteleuropäische Gruppe zu bilden, um der liberalistischen Position Deutschlands, Frankreichs und seiner Epigonen Paroli bieten zu können.

1. Wieder hat Ungarn gerade für Mitteleuropa einen starken Akzent gesetzt, indem es sich für Bosnien-Herzegowina einsetzt.

Sogar der österreichische Außenminister, dem man bedauerlicherweise keineswegs das Format eines Spitzendiplomaten neutraler Prägung zumessen darf, tritt dafür ein, endlich dem Westbalkan die Zutrittsmöglichkeiten zu Europa zu ermöglichen, so wie es der Ukraine, einem der korruptesten Staaten überhaupt, angeboten wurde.

2. Auch die Stärkung des österreichischen Bundesheeres wird auf der Strecke bleiben, wenn nicht bald etwas geschieht: Während Deutschland 100 Milliarden für seine Verteidigung in die Hand nimmt, redet Österreich nur und vermeidet es die notwendigen Mittel zu budgetieren, um endlich die Landesverteidigung auf jenen Stand zu bringen den die Verfassung von ihm verlangt: Artikel 9 a Bundesverfassung, «Österreich bekennt sich zur umfassenden Landesverteidigung, ihre Aufgabe ist es die Unabhängigkeit nach aussen, sowie die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes zu bewahren, insbesondere zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität etc.»

Hier befindet sich die Republik in einem ständigen Verfassungsbruch, der niemanden zu interessieren scheint. Unabhängig von einer rein militärischen Dimension, deren historische Qualität durchaus ein Streitpunkt ist, stellte der legendäre Bundeskanzler Leopold Figl schon 1947 eine einseitige Orientierung Österreichs nach Westen in Abrede und weist jedes Abhängigkeitsverhältnis des Landes zu den USA zurück.

Ähnlich wird auch im Moskauer Memorandum festgehalten, dass die österreichische Neutralität, die Grundlage für den Staatsvertrag war, «nach Schweizer Muster» ausgestattet sein soll.

Der Gipfel des Zynismus ist es aber, immer mehr westliche Waffen an die Ukraine zu liefern und gleichzeitig «das Leid der Zivilbevölkerung» scheinheilig zu beklagen.

3. Für uns stellt sich das politische Schema «rechts oder links» nicht.

Es müsste heißen, richtig oder falsch, gut oder böse.

So kann man durchaus Sahra Wagenknecht zustimmen, die meint, dass der Wirtschaftskrieg mit Russland sich mehr und mehr zum Albtraum entwickelt und weiter: «Sollten die Gaslieferungen tatsächlich eingestellt werden, droht uns eine Katastrophe, wie wir sie seit der Weltwirtschaftskrise zu Zeiten der Weimarer Republik nicht mehr erlebt haben.»

4. Wenn man sich die politischen Umfragen, was immer man davon halten mag, vor Augen führt, dann wird bei den nächsten Wahlen Heulen und Zähneknirschen herrschen.

Sogenannte staatstragende Parteien werden abgewählt werden und für die wirklich heimatverbundenen Parteien sollte es einen neuen Frühling geben.

Bei den nächsten Bundespräsidentenwahlen hat der Bundesparteiobmann der FPÖ, Herbert Kickl, den Volksanwalt Dr. Walter Rosenkranz, eine patriotische Alternative zum Systemkandidaten Alexander Van der Bellen präsentiert. Rosenkranz wird sicherlich ein achtbares Ergebnis erzielen.

Aber auch der dritte Präsident des Nationalrats, Norbert Hofer, arbeitet auf der Energieebene mit hochinteressanten Ideen. So könnte eine echte Trendwende in der Energieversorgung durch die Entwicklung von Flüssigsalzreaktoren eingeleitet werden. Mit einem sehr kleinen Reaktor, in der Grösse eines kleinen Zimmers, könnte Strom im Megawatt Bereich ohne CO₂ und ohne die Gefahr eines Gaus erzeugt werden. China hat dazu bereits den ersten Prototypen gebaut.

5. Heulen und Zähneknirschen wird es geben, wenn endlich auch breite Kreise der Bevölkerung verstehen werden, dass die österreichische Politik nicht heißen darf, einer völlig fehlgeleiteten EU nachzulaufen, sondern zu verstehen, dass die Politiker des eigenen Landes den Interessen der Bevölkerung, nicht aber denen der USA und der in ihrer Gefolgschaft reisenden EU nachzulaufen.

Österreichs Außenpolitik hat wahrscheinlich für längere Zeit der Neutralität des Landes schwerstens geschadet.

Wir dürfen uns bei der Bundesregierung und insbesondere dem Außenminister, Alexander von Schallenberger, bestens bedanken.

In erster Linie muss jedes Land die eigenen Interessen vertreten und nicht die einer Kamarilla in Brüssel, die ihre Mitgliedsländer konsequent verarmen lässt.

Kürzlich hörten wir aus Deutschland den Spruch:
«Wird der Bürger unbequem, ist er plötzlich rechtsextrem.»
Mehr ist dazu nicht zu sagen!



Bilder: depositphotos

Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»
Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/heulen-und-zaeheknirschen/>

Du gehst niemals allein, dein Scholz ist immer dabei

23. Juli 2022 Peter A. Weber Glaskugel, Hintergrund, Meinung, Politik 8

Jetzt können wir beruhigt sein und voller Zuversicht in die Zukunft schauen: «Geh weiter durch den Wind. Geh weiter durch den Regen. Auch wenn deine Träume geworfen und verweht werden.» Der weitsichtige bundesrepublikanische Lenker und Ausbund von Solidarität sowie Altruismus, Olaf Scholz, hat es uns am Freitag amtlich geschworen, dass er uns in der Not nicht alleine lässt und persönliche Sorge dafür trägt, dass niemand von *«uns»* ins Hintertreffen gerät. Das hehre Prinzip gelte, dass Staat, Wirtschaft und Bürger sich unterhaken und zusammen einen schunkeln nach dem Motto: «Wir halten zusammen.» Da werde ich doch gleich an den Kultsong von *«Pures Glück»* mit dem gleichen Titel erinnert: Pures Glück – Wir halten zusammen ...

Vor allen Dingen sind es *«WIR»*, also Leute wie Scholz und Konsorten, die im Monat 20'000 Euro oder gar Millionen scheffeln. Leute, die unbändig Wein saufen und salbungsvoll Wasser predigen, die nun mit denen auf eine Ebene gestellt werden, die mit 400 Euro, wie die Hartz 4ler, auskommen müssen. Dann wiederholt er nochmals hoch und heilig sein Versprechen, damit wir beruhigt weiter Richtung Abgrund schlafwandeln können:

«Niemand wird mit seinen Herausforderungen und Problemen allein gelassen. Keine einzelne Bürgerin, kein einzelner Bürger, auch nicht Unternehmen in diesem Land. Wir sind gemeinsam stark genug, das auch zu schaffen.»



Da droht uns ja das ganz grosse Glück, das wir ohne das politische Totalversagen niemals hätten erleben dürfen. Darauf wäre selbst ich nicht gekommen. Dann setzt er noch einen obendrauf: Klug sei es gewesen, was Draghi damals gesagt habe. Und genau so sei es jetzt auch: Nicht der Einzelne solle *«die Wucht»* der Last spüren, *«sondern dass wir sie auf alle Schultern verteilen»*, so Scholz.

Friede, Freude, Eierkuchen – Verteilung der Lasten auf alle Schultern.

Hey, ist das ein geniales Regierungskonzept, das er sich mit seinen kongenialen Politikstrategen, Habeck, Baerbock, Lauterbach oder Lindner ausgedacht hat. Ursache und Wirkung verwechseln. Das eigene Versagen und die elementaren Fehlentscheidungen unter den Tisch kehren. Die selbstverschuldeten Gründe für unsere Misere ignorieren. Und letztlich keine Einsichten und nicht der geringste Versuch, das Steuer herumzureißen. Und weiter nach dem Prinzip *«nach mir die Sintflut»*. So habe ich mir schon immer die ideale Regierung vorgestellt. Die sich angeblich selbst komplett nach den Bedürfnissen der Bürger massgeschneidert hat.

Glaubt denn jemand allen Ernstes, dass sich die katastrophale Schieflage bei der Bobfahrt gegen die Wand mit Phrasen und Solidaritätssparolen beheben liesse? Oder kommt ein einigermassen aufgeweckter Zeitgenosse, der noch eins und eins zusammenzählen kann, auf die Idee, dass der Zusammenbruch mit staatlichen Hilfsmassnahmen verhindert werden könnte? Das mit Aktionen, bei denen sowieso die am meisten Hilfsbedürftigen am wenigsten profitieren? Und das in Zeiten, wo die Schulden durch grandiose Geldversenkungs-Transaktionen in Sachen Corona/Spritzen, Aufrüstung und abenteuerlichste Energieversorgungs-Verrenkungen in den Himmel wachsen?

Da hilft nur eines: Beten, beten und nochmals beten. Dazu bitte sklavisch an unsere apokalyptischen Schutzheiligen in Berlin glauben, die es ganz bestimmt richten werden! ZDF-Nachrichten vom 22.7.2022 mit der euphorischen Überschrift: *«Ein grosser Tag für die Ukraine»*.

1. Ukraineexperte Dara Hassanzadeh aus Odessa liest aus der Glaskugel:

Zur Feier des Tages am 22.7.2022 ist da noch eine epochale Berichterstattung in den ZDF-Nachrichten zu erwähnen. Da fallen doch gleich zwei Koryphäen des Schmierenjournalismus ins Auge. Erst einmal ein zwielichtiger Dara Hassanzadeh aus Odessa. Er möchte uns seine persönlichen Weisheiten vermitteln, die er sich gerade aus dem Ärmel geschüttelt hat. So zum Beispiel mit gesicherten Erkenntnissen wie: Der Eroberung der Schlangeninsel (in der Nähe von Odessa im Schwarzen Meer) durch die ukrainische Armee. Das ist glatt gelogen, denn Russland hat auf dieser Insel der Ukraine bereits zweimal eine blutige Nase besorgt. Jeweils mit erheblichen Material- und Menschenverlusten verbunden. Die Russen haben die Insel freiwillig verlassen, weil sie keine Zielscheibe abgeben wollen – haben aber versichert, dass sie einen nochmaligen Eroberungsversuch der Ukraine brutal zurückschlagen werden.

Bauern und Bevölkerung der Ukraine unheimlich verbunden mit ihrem Land seien

Wo war dieser Mann zu Besuch? Vielleicht in einem Paralleluniversum? Angesichts der Realität, bei einem Mindestlohn von 1,21 Euro, einer totalen Verarmung und Enteignung der Bauern, sowie millionenfache Arbeitsmigration aus der Ukraine? Wenn sie so glücklich sind mit ihren Verhältnissen, warum flüchten sie dann zu Millionen nach Polen, Deutschland und vor allem nach Russland? Da zumindest in der Westukraine eine totale kriegsbedingte Zerstörung und Kriegstätigkeit nicht zu verzeihen ist, kann es sich nur um Wirtschaftsflüchtlinge handeln. Selbst die Süd-Ostukrainer fliehen nicht nur wegen des Kriegsterrors der Kiewer Truppen nach Russland, sondern vornehmlich weil sie dort wesentlich bessere Einkommensverhältnisse vorfinden.

2. Expertin für Weltwirtschaftskrisen Phoebe Gaa geifert aus Moskau:

Diese ZDF-Weise hat eines noch nicht geschnallt. Dass der hauptsächliche Grund für die unterbundenen Weizenexporte zum einen die Sanktionen gegen Russland und zum anderen die Verminung des Hafens von Odessa durch die Ukraine sind. Dann aber holt sie mit dem Thor-Hammer gegen Russland aus. Es gab ja bekanntlich in Istanbul ein Memorandum, mit dem man sich darauf geeinigt hat, dass Odessa sowohl für russischen als auch ukrainischen Weizen für Schiffsexporte freigegeben wird. Phoebe lässt sich in diesem Zusammenhang zu folgenden dreisten Lügen hinreissen:

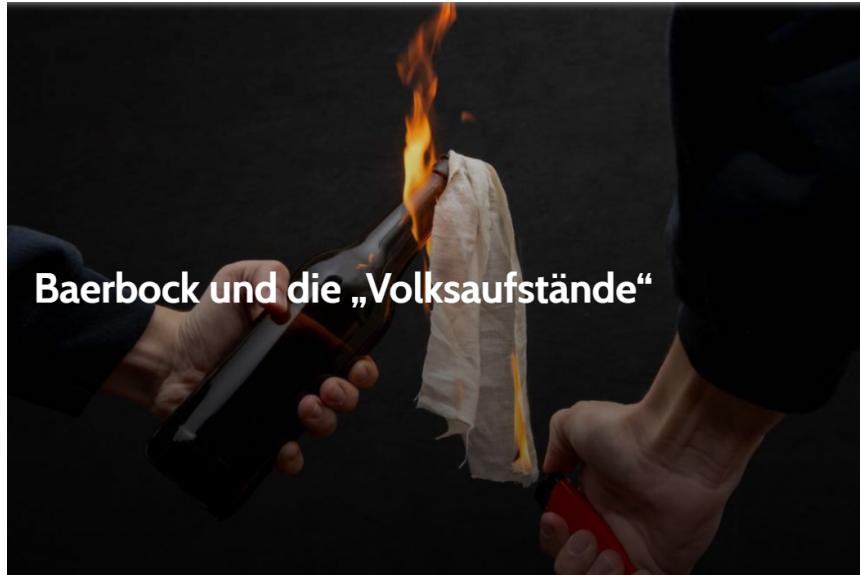
Durch diese Vereinbarung zeige Russland sein vermeintlich humanitäres Gesicht – und wie sie bemerkt: *«Nebenbei gesagt – Russland hat die Welthungerkrise selbst ausgelöst.»*

Diese Verkehrung von Wahrheiten schlagen dem Fass den Boden aus. Da stellt sich doch die grundsätzliche Frage: Wer auf dieser wunderschönen Welt liefert irgendetwas aus humanitären Gründen? Das Prinzip ist ganz einfach und sollte selbst für eine Frau Gaa begreiflich sein: Du lieferst mir etwas, was ich nicht habe aber begehre – und ich liefere dir einen einen passenden Gegenwert oder Geld. Das war schon vor Jahrtausenden in den Zeiten des Tauschhandels so.

Ehrlich gesagt – ich hätte vollstes Verständnis dafür, wenn Moskau Korrespondenten wie diese Faktenverdreherin vom Hof jagen würde.

Links

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/scholz-never-walk-alone-gas-krise-ukraine-100.html>
<https://www.zdf.de/nachrichten/heute-19-uhr/hassanzadeh-gaa-einigung-ukraine-video-100.html>
Quelle: <https://qpress.de/2022/07/23/du-gehst-niemals-allein-dein-scholz-ist-immer-dabei/>



Ein Artikel von: Tobias Riegel; 22. Juli 2022 um 12:08

Das Spiel geht weiter: Mitglieder der Bundesregierung warnen eindringlich vor den Auswirkungen der eigenen Politik. Bewusste Entscheidungen werden dabei als Folge von höherer Gewalt dargestellt. Baerbocks Worte zu den Aufständen zeigen auch: Von ‹Fehlern› kann nicht die Rede sein, die Regierung ist sich der dramatischen Folgen der eigenen Politik vollauf bewusst – und führt sie dennoch fort. Ein Kommentar von Tobias Riegel.

Aussenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat im Zusammenhang mit der Turbine für Nord Stream 1 am Mittwochabend gesagt:

«Die Kanadier haben gesagt: Bei uns in der Öffentlichkeit gibt es viele Fragen, dann haben wir gesagt, das können wir verstehen, aber wenn wir diese Gas-Turbine nicht bekommen, dann bekommen wir kein Gas mehr, dann können wir als Deutschland überhaupt gar keine Unterstützung mehr für die Ukraine leisten, weil wir dann mit Volksaufständen beschäftigt sind.»

Danach gefragt, wie sie ihre Äusserungen genau gemeint habe, sagte Baerbock am Donnerstag: «Ich habe es bewusst sehr zugespitzt formuliert.» Sie habe verdeutlichen wollen, warum Deutschland sich gegen ein Komplettembargo für Gas und Öl aus Russland ausgesprochen habe, während andere für ein solches Embargo als Konsequenz des russischen Angriffs auf die Ukraine gewesen seien. Man hätte den Menschen in so einem Fall dann «von einem Tag auf den anderen» sagen müssen, dass es kein Gas mehr gebe und das ohne Alternativen, sagte Baerbock. «Das haben wir offensichtlich nicht für den richtigen, für den sicheren Weg gehalten.»

Die Regierung warnt vor der Politik der Regierung

Diese Äusserungen sind in mehrfacher Hinsicht interessant. Zunächst muss festgestellt werden, dass Baerbock mit ihren Äusserungen Teile der aktuellen Situation gar nicht so falsch beschreibt und damit ausnahmsweise eine rationale Position einnimmt: Die Politik der Bundesregierung kann im schlimmsten Fall potenziell geeignet sein, ein in Deutschland seit Jahrzehnten nicht gekanntes gesellschaftliches Chaos zu verursachen, auch mögliche ‹Volksaufstände› (ein sehr weit gefasster Begriff) können bei dieser Dynamik nicht vollends ausgeschlossen werden.

Ein weiterer Aspekt ist die Tatsache, dass ein Mitglied der deutschen Regierung vor ‹Volksaufständen› als indirekte Folge auch der eigenen Energiepolitik warnt und dass diese Perspektive einer aufgelösten gesellschaftlichen Ordnung keinen angemessenen gesellschaftlichen Sturm der Empörung auslöst – diese ‹Gelassenheit› zeigt, wie weit das Einschwören durch Medien und Politik auf eine irrationale Verzichtshaltung, die die selbstproklamierten Ziele nicht erreicht, bereits Erfolge zeigt und in eine (vorläufige) Akzeptanz gesellschaftlicher Schocks vonseiten der eigenen Regierung zu münden scheint.

Zusätzlich soll die Vokabel ‹Volksaufstand› mutmasslich Ängste bei den Bürgern auslösen und die Stimmung auch gegen gerechtfertigte und friedliche Proteste weiter negativ aufladen: Man sieht vor dem geistigen Auge brennende Barrikaden und die Auflösung aller staatlichen Ordnung. In Richtung pauschaler Diffamierung von Protesten hat gerade auch Innenministerin Faeser agiert. Dazu habe ich kürzlich geschrieben:

«Meiner Meinung nach wären legale und friedliche Proteste gegen die Sanktions- und Sozialpolitik der Regierung angemessen und ich würde sie begrüßen. Die Mahnung vor einer Radikalisierung von Teilen der Gesellschaft und einer folgenden versuchten Instrumentalisierung durch extremistische Rechte ist meiner Meinung nach trotzdem nicht ganz unbegründet, angesichts der von der Regierung angekündigten und umgesetzten gesellschaftlichen Schockwellen. Das sollte aber doch ein Grund mehr sein, die aktuelle Politik, die absehbar und ohne Not soziale Verwerfungen produzieren wird, sofort zu beenden!»

Der Russe ist Schuld

Baerbock würde im konkreten Fall die Verantwortung für Volksaufstände mutmasslich entweder bei Russland oder bei Kanada verorten – schliesslich drosselt Russland das Gas und die Turbine ist in Kanada. Dieser Versuch der Aussenministerin, die eine Protagonistin der künstlich hergestellten Energie-Krise ist, so zu tun, als habe sie alles getan, um diese Krise gerade noch abzumildern (immerhin «gegen Komplettembargo»), sollte nicht akzeptiert werden.

Immer wieder muss betont werden, dass die Auswirkungen, vor denen Baerbock (und kürzlich auch Innenministerin Nancy Faeser, SPD) warnen, von den Warnenden selber hervorgerufen wurden. Die Sanktionspolitik ist weder moralisch zu rechtfertigen, noch werden mit ihr die angeblich angestrebten Ziele erreicht. Diese Politik muss umgehend beendet werden und dafür muss eine kluge Diplomatie mit Russland aufgenommen werden (die keineswegs mit einer «Unterwerfung» unter das «Putin-Regime» gleichzusetzen ist). Um die Verantwortung für die Folgen der eigenen Politik zu verschleiern, versuchen Mitglieder der Bundesregierung nun besonders laut vor den Folgen der eigenen Politik zu warnen – so, als seien Preissteigerungen und drohende Arbeitslosigkeit das Ergebnis von höherer Gewalt und nicht die total voraussehbaren Folgen des eigenen Regierungshandelns

Von «Fehlern» kann nicht die Rede sein

In der Abwägung mit den krassen Folgen des Regierungshandelns erscheint die einzige verbliebene Begründung für die Politik gegen die eigenen Bürger und für eine unmoralische Verlängerung des Ukrainekrieges durch westliche Waffenlieferungen als grotesk und unhaltbar: Putin dürfe keinen «Diktatfrieden» erringen. Es ist dieses ideologische Konstrukt, mit dem sowohl die Verlängerung des Leids der ukrainischen Zivilisten als auch die Wohlstandsvernichtung hierzulande «begründet» werden sollen. Dieses Konstrukt wird durch Verkürzungen und durch das Verschweigen der Vorgeschichte des Ukrainekrieges abgeschirmt.

Die Aussagen von Baerbock zu einer gesellschaftlichen Stimmung, die in gesellschaftlichem Chaos münden könnte, machen einen weiteren Punkt deutlich: Manchmal werden «Dummheit», «Fehler» oder «Unvermögen» als Erklärung für das aktuelle Regierungshandeln angeführt. Baerbocks teilweise zutreffende Worte zu den Aufständen sollten aber vor Augen führen, dass sich die Regierung der brandgefährlichen Folgen der eigenen Politik voll bewusst ist – und sie dennoch voller Zynismus damit weitermacht.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86150>

Europa –

Wir sind krank und wie wir aus dieser Nummer wieder herauskommen

Mittwoch, 20. Juli 2022 , von Freeman-Fortsetzung um 17:15



Russland ist ein Teil unseres Kontinentes Eurasien. Amerika und bedingt auch England, sind es nicht. Trotzdem führen wir gegen Russland, das uns in seiner Geschichte noch nie etwas angetan hat, Krieg. Ideologisch, wirtschaftlich und verdeckt auch militärisch. Wir führen quasi den Ersten Weltkrieg noch weiter. Wir sind jedoch auf Gedeih und Verderben von Russland abhängig. Trotzdem benehmen wir uns wie kleine Kinder und sind gegenüber Russland respektlos. Wen wunderts, wenn Russland dafür mit seinen Ressourcen gegenüber dem sogenannten «Europa» zurückhaltend ist.

Uns Schweizern, so hat eine Schwarzenberger Grossmutter mit Jahrgang 1900 immer wieder gesagt, hatte der Zar von Russland Eisenbahnzüge voller Kartoffeln geschickt, damit wir hier nicht verhungerten. Wie un dankbar sind wir eigentlich?

Unsere Inflations- und Energieprobleme können wir ganz einfach lösen:

1. Die Sanktionen gegen Russland aufheben
2. Sich für das Fehlverhalten der von uns beauftragten und nicht genügend überwachten Beamten und Politiker bei Russland entschuldigen
3. Den konstruktiven Dialog mit Russland wieder aufnehmen
4. Den Handel und Personenverkehr (auch mit Flugzeugen) mit Russland wieder auf Augenhöhe aufnehmen.
5. Nordstream 2 in Betrieb nehmen.

Danach können wir hoffen, dass Russland über unsere mentale Verblödung der letzten Jahre hinwegsieht und mit uns wieder zivilisiert verfährt. Dann würden sie vielleicht auch Nordstream 2 aufmachen.

Die Landesgrenzen mit Russland sind ab dem 15. Juli wieder offen. Mit dem Auto ist man in 24 Stunden in Moskau.

Arbeiten wir an der Freundschaft mit Russland.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2022/07/europa-wir-sind-krank-wie-wir-aus.html#ixzz7Zy6FxADT>

Ukraine-Krieg

Die Nato bedroht den Weltfrieden

Auf dem Nato-Gipfel hat sich das Bündnis strategisch neu aufgestellt.

Damit wollen die USA ihre Hegemonie sichern und global ausweiten.

Ein neuer Kalter Krieg und eine düstere Zukunft liegen vor uns.

Von C. J. POLYCHRONIOU | Veröffentlicht am 15.7.2022 in: Kriege



Niederländische Marineinfanteristen landen in Kyrksaeterora, Norwegen, für das NATO-Manöver Trident Juncture 2018, eine Übung mit mehr als 50'000 Soldaten unter Beteiligung von Finnland und Schweden.

Foto: Pauli Kopu, Finnische Armee, Public Domain

Der NATO-Gipfel 2022 (North Atlantic Treaty Organization), der vom 28. bis 30. Juni in Madrid (Spanien) stattfand, hat ein neues strategisches Konzept für ein Bündnis hervorgebracht, das noch vor wenigen Jahren vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron als «hirntot» bezeichnet wurde und dessen Zukunft für die nächsten zehn Jahre bestimmen wird.

Dank des russischen Präsidenten Wladimir Putin hat das grösste Militärbündnis der Welt ein Comeback hingelegt, und zwar mit Nachdruck. Russland ist wieder zum Hauptziel geworden. Im neuen strategischen Konzept wird es als die «bedeutendste und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten und für den Frieden und die Stabilität im euro-atlantischen Raum» bezeichnet.

Länder mit einer langen Geschichte der Neutralität, wie Finnland und Schweden, werden bald der NATO beitreten, nachdem die Türkei ihren Widerstand aufgegeben hat. Die NATO wird die Grenze zu Russland um 1300 Kilometer verlängern. Seit 2016 verfügt die NATO auch über eine «verstärkte Präsenz» in Estland, Lettland, Litauen und Polen.

Die westliche Einkreisung Russlands, die sich sowohl vor als auch nach der bolschewistischen Revolution von 1917 abzeichnete und auch nach dem Zusammenbruch des Kommunismus mit demselben Eifer fortgesetzt wurde, ist nun praktisch abgeschlossen.

Dies ist eine Entwicklung mit erschütternden Auswirkungen auf den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit. Die NATO war natürlich während des gesamten Kalten Krieges eine Quelle der Instabilität und eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, da sie ein zentrales Instrument für das imperiale Projekt der USA war. Mit ihrer Osterweiterung nach der Auflösung der Sowjetunion hat die Rolle der NATO bei der Wiederherstellung der unipolaren Welthegemonie Amerikas die Saat des Misstrauens zwischen Russland und den westlichen Mächten gesät und die Voraussetzungen für das Wiederaufflammen eines langwierigen Konflikts geschaffen, der an den Kalten Krieg erinnerte.

Das US-geführte und westlich geprägte Bündnis trägt einen grossen Teil der Verantwortung für die anhaltende Tragödie in der Ukraine. Viele hochrangige Experten für internationale Beziehungen hatten vorausgesagt¹, dass die Osterweiterung der NATO letztlich eine feindselige Reaktion Russlands hervorrufen würde.² Russland hatte den Westen seit Jahrzehnten vor der NATO-Erweiterung gewarnt.

Im September 1993 richtete Boris Jelzin ein Schreiben an Bill Clinton, in dem er davor warnte, dass eine NATO-Erweiterung von Russland als Bedrohung der nationalen Sicherheit aufgefasst werden könnte.

«Wir glauben, dass die Osterweiterung der NATO ein Fehler ist, und zwar ein schwerwiegender Fehler», sagte Boris Jelzin,³ Russlands erster postsowjetischer Präsident, 1997 auf einer Pressekonferenz mit US-Präsident Bill Clinton in Helsinki, wo beide eine Erklärung zur Rüstungskontrolle unterzeichneten.

Auf dem Madrider Gipfel einigten sich die Staats- und Regierungschefs der NATO auf ein neues strategisches Konzept für das Bündnis, das die Welt noch gefährlicher machen wird als sie es jetzt schon ist. Doch bevor wir uns damit befassen, was die neue Strategie der NATO für die Weltordnung bedeutet, wollen wir kurz die Geschichte des von den USA geführten Militärbündnisses in Erinnerung rufen.

Nato: Abschreckung der Sowjetunion

Die NATO wurde 1949 von den Vereinigten Staaten und elf anderen westlichen Staaten mit dem erklärten Ziel gegründet, als Abschreckung gegen einen Einmarsch der Sowjetunion in Westeuropa zu dienen.

Natürlich gab es keine sowjetische militärische Bedrohung. Stalin hatte nicht die Absicht, in Westeuropa einzumarschieren. Er war ein unbarmherziger Tyrann, der einen Polizeistaat führte, den er fast im Alleingang aufgebaut hatte, aber sein aussenpolitischer Ansatz war nicht von einer Ideologie, sondern vom Diktat der Realpolitik bestimmt. Er war ein Ultra-Realist, der keine militärische Konfrontation mit den Amerikanern und Briten auf dem Kontinent wollte.

«Ich kann mit Stalin umgehen. Er ist ehrlich, aber verdammt schlau», schrieb Harry Truman in seinem Tagebucheintrag vom 17. Juli 1945, dem ersten Tag der Potsdamer Konferenz in Deutschland.⁴

In der Tat war Stalins geostrategischer Ansatz nicht auf den Export einer revolutionären Ideologie ausgerichtet. «Der Export einer Revolution ist Unsinn», sagte er 1936 in einem Interview mit Roy Howard, dem Präsidenten der Scripps-Howard Newspapers. Stalins Hauptanliegen war die Sicherheit der Sowjetunion. Sein Interesse, Osteuropa unter seine Kontrolle zu bringen, diente dem Zweck, eine Pufferzone zwischen dem Westen und der Sowjetunion zu schaffen.

Die Sowjetunion verlor während des Zweiten Weltkriegs bis zu 27 Millionen Menschenleben, die Hälfte ihrer Industrie, und Tausende von Dörfern, Städten und Gemeinden wurden zerstört. Das ist der Preis, den sie für die Rettung der Welt vor NAZI-Deutschland bezahlt hat. Sicherlich wäre es gut, die westlichen Leser daran zu erinnern, dass «vier Fünftel der Kämpfe in Europa an der Ostfront stattfanden, und dass die Deutschen dort praktisch alle Opfer zu beklagen hatten», wie Rodric Braithwaite, ehemaliger britischer Botschafter in der Sowjetunion/Russischen Föderation, in einem Vortrag am 13. Juni 2005 am Kennan-Institut treffend feststellte.⁵

Aus all den oben genannten Gründen hätte die blosse Vermutung, dass Stalin die Absicht haben könnte, sich auf wilde militärische Abenteuer zur Eroberung von Paris oder London einzulassen, von jedem rationalen Entscheidungsträger zu jener Zeit als völlig lächerlich zurückgewiesen werden müssen, aber das war offensichtlich nicht der Fall.

Nehmen wir zum Beispiel die Haltung eines antikommunistischen Reaktionärs wie Winston Churchill. Sein pathologischer Hass auf die Sowjetunion war so ausgeprägt, dass er sogar noch während der Operation Barbarossa und dem bevorstehenden Zusammenbruch der Sowjetunion das kommunistische Russland und nicht NAZI-Deutschland als barbarischen Gegensatz zur westlichen Zivilisation betrachtete. «Es wäre eine unermessliche Katastrophe, wenn die russische Barbarei die Kultur und Unabhängigkeit der alten Staaten Europas überlagern würde», schrieb er Ende 1942 an Anthony Eden.

Wie bereits erwähnt, bestand der ausdrückliche Zweck der NATO in der «Abschreckung der sowjetischen Aggression». Die Gründung der NATO verfolgte jedoch noch ein weiteres Ziel, das jedoch weder von der NATO-Führung noch von aussenpolitischen Experten und Kommentatoren je erwähnt wurde.

Das Ziel bestand darin, die Stellung Westeuropas in der kapitalistischen Weltwirtschaft mit den USA an der Spitze zu festigen. Ein Jahr zuvor war der Marshallplan eingeführt worden, dessen Ziel es war, die Ausbreitung des Kommunismus in Westeuropa zu verhindern, die internationale Wirtschaftsordnung zu stabilisieren und Märkte für amerikanische Waren zu schaffen.

Durch die Einbindung der europäischen Staaten in die NATO wollten die USA ihre Investitionen in die europäischen Volkswirtschaften schützen. Mit anderen Worten: Die Nato wurde auch als Bollwerk gegen radikale politische Veränderungen in den verschiedenen europäischen Staaten betrachtet. Sie war ein Mittel, um sicherzustellen, dass ihre Zukunft an die kapitalistische Weltordnung gebunden ist.

Truman-Doktrin und Kalter Krieg

Nur wenige Jahre nach ihrer Gründung begann die NATO sich zu erweitern. Zwei Länder mit einer Neigung zum Autoritarismus, die aber erklärtermassen antikommunistisch eingestellt waren, nämlich Griechenland und die Türkei, traten 1952 der NATO bei.

Natürlich hatten beide Länder schon lange vor ihrer förmlichen Aufnahme in das transatlantische Bündnis die Präsenz der USA in ihren innenpolitischen Angelegenheiten zu spüren bekommen. Als die Briten den Vereinigten Staaten am 24. Februar 1947 mitteilten, dass Grossbritannien «.... sich angesichts der wirtschaftlichen Lage in Grossbritannien nicht mehr in der Lage sieht, den grössten Teil der Last der Unterstützung in Form von Geld und militärischer Hilfe zu tragen, die Griechenland und die Türkei erhalten sollten, wenn sie ihre territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit bewahren wollen» – eine Nachricht, die zweifellos hochrangige Beamte im Aussenministerium in helle Aufregung versetzte –, trat Truman weniger als einen Monat später vor eine gemeinsame Sitzung des Kongresses, um 400 Millionen Dollar an wirtschaftlicher und militärischer Hilfe für die griechische und die türkische Regierung zu beantragen.

Zu dieser Zeit befand sich Griechenland mitten in der zweiten Phase eines Bürgerkriegs (1946–49) und die Kommunisten standen kurz davor, eine provisorische Regierung in den nördlichen Bergen auszurufen. Örtliche Gegebenheiten und geopolitische Erwägungen sollten schliesslich eine Rolle bei der Niederlage der Kommunisten spielen, aber die US-Hilfe für die griechische Armee war bei der Niederschlagung des zweiten kommunistischen Aufstands ebenso entscheidend wie die britische Unterstützung für die griechische Regierung bei der Niederschlagung der Kommunisten in der ersten Phase des Bürgerkriegs (Dezember 1944–Januar 1945).

«Es muss die Politik der Vereinigten Staaten sein, freie Völker zu unterstützen, die sich der versuchten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder Druck von aussen widersetzen,» verkündete Harry S. Truman am 12. März 1947. Mit «freien Völkern» meinte Truman natürlich die Kräfte, die gegen den Kommunismus kämpften. Es machte keinen Unterschied, wenn diese Kräfte, wie im Falle Griechenlands, zufällig Faschisten waren. Grossbritannien hatte sich auch auf die Seite der Nazi-Kollaborateure und der reaktionärsten Elemente innerhalb Griechenlands gestellt, um den politischen Gruppen, die während des Zweiten Weltkriegs gegen die Achsenmächte gekämpft hatten, jegliche Rolle bei der künftigen Führung des Landes zu nehmen.

Im Falle der Türkei diente die Truman-Doktrin als Instrument zur Beeinflussung der türkischen Aussenpolitik und zur Bindung des Landes an westliche Staaten. Nur wenige Kritiker innerhalb der USA waren besorgt über die Tatsache, dass die Türkei von einem Militärregime regiert wurde, das die Menschenrechte und die Freiheit nicht respektierte, und dass sie im Sommer 1941 sogar einen Freundschaftsvertrag mit Hitler unterzeichnet hatte.

Im Gegensatz zur Schweiz, deren Neutralität gegenüber kriegsführenden Nationen auf den Wiener Kongress von 1815 zurückgeht und 1920 vom Völkerbund bestätigt wurde, blieb die Türkei während des Zweiten Weltkriegs aus rein pragmatischen Gründen neutral. Sie hat ihre Beziehungen zu Nazideutschland erst Anfang August 1944 abgebrochen, als bereits klar war, dass Deutschland den Krieg verlieren würde und die Sowjetunion eine aufstrebende Macht war.

Und als sie Deutschland schliesslich Ende Februar 1945 den Krieg erklärte, tat sie dies unter Druck und im Tausch für einen Sitz in den künftigen Vereinten Nationen. Auf der Konferenz von Jalta, die vom 4. bis 11. Februar 1945 stattfand, hatten Roosevelt, Churchill und Stalin einen Aufruf zu einer Konferenz der Vereinten Nationen am 24. April in San Francisco veröffentlicht. Zu der Konferenz in San Francisco sollten nur die Staaten eingeladen werden, die Deutschland und Japan vor März 1945 den Krieg erklärt hatten.

Die Truman-Doktrin veränderte die Aussenpolitik der USA und schuf eine neue Welt(un)ordnung. Sie leitete den Kalten Krieg ein und machte die Vereinigten Staaten zum Weltpolizisten. Europa war natürlich die geografisch wichtigste Region für die Vereinigten Staaten, weshalb die NATO gegründet wurde. Der erste Generalsekretär des Bündnisses, Baron Hastings Ismay, traf den Nagel auf den Kopf, als er den Zweck des Bündnisses wie folgt beschrieb: «Die Sowjetunion draussen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten.»

Es dauerte mehrere Jahre, bis die Sowjetunion eine konkurrierende Organisation gründete, und sie tat dies erst, als es der NATO nicht gelang, die Deutschen in Schach zu halten. Tatsächlich wurde der Warschauer Pakt als Reaktion auf die Aufnahme Westdeutschlands in die NATO im Jahr 1955 gegründet.

Anfang der 1950er Jahre zog die sowjetische Regierung einen NATO-Beitritt in Erwägung, doch die Idee wurde zunächst mit Schweigen bedacht und später mit der Begründung abgelehnt, dass die sowjetische Mitgliedschaft nicht mit der Förderung demokratischer Werte durch die NATO vergleichbar sei. In der Tat schienen die Sowjets recht aufrichtig gewesen zu sein, als sie ihr Interesse an der Schaffung gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen bekundeten. Sie waren zutiefst besorgt über die Aussicht auf einen Dritten Weltkrieg, der aus ihrer Sicht aufgrund der Existenz von Atomwaffen das Ende der menschlichen Zivilisation bedeutet hätte. Der Westen hatte jedoch kein Interesse an einem europäischen Sicherheitsvertrag, der die Sowjets einbezog.

Aus der Sicht der Sowjetunion und ihrer östlichen Verbündeten wurde die NATO zu einer Sicherheitsbedrohung, als Westdeutschland dem von den USA geführten Militärbündnis beitreten durfte.

Das letzte Land, das der NATO vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion beitrat, war Spanien im Jahr 1982. Die Struktur der NATO entwickelte sich im Laufe des Kalten Krieges weiter, ebenso wie ihr Ansatz in Bezug auf Verteidigung und Abschreckung, wenngleich Kernwaffen weiterhin eine Schlüsselkomponente der kollektiven Verteidigungspolitik des Bündnisses waren.

NATO-Erweiterung und Ausgrenzung Russlands

Der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 markierte das Ende des Kalten Krieges, und der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow spielte nicht nur bei den Ereignissen, die zum Fall der Berliner Mauer und zur anschliessenden Wiedervereinigung Deutschlands führten, sondern auch bei der politischen Umgestaltung Osteuropas und der Auflösung der Sowjetunion am Weihnachtstag 1991 eine entscheidende Rolle. Das Ende des Kalten Krieges hat jedoch nicht zum Verschwinden der NATO geführt. Margaret Thatcher, die sich übrigens nach dem Fall der Berliner Mauer vehement gegen die Wiedervereinigung Deutschlands aussprach, sprach zweifellos für alle Kämpfer des Kalten Krieges, als sie die Frage, ob die NATO nach dem Ende des Kalten Krieges aufgelöst werden sollte, mit den Worten beantwortete: «Sie kündigen doch auch nicht Ihre Hausratversicherung, nur weil es in den letzten zwölf Monaten weniger Einbrüche in Ihrer Strasse gegeben hat.»

Aber Erweiterung? Unmittelbar nach dem Abbau der Berliner Mauer sprach niemand offen von einer NATO-Osterweiterung. Während der Diskussionen über den Prozess der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 und bis ins Jahr 1991 hinein wurde Michail Gorbatschow von den westlichen Staats- und Regierungschefs zugesichert, dass die Nato-Erweiterung «keinen Zentimeter nach Osten» gehen würde.⁶

Bei verschiedenen Gelegenheiten in diesem Zeitraum versicherten Präsident George H. W. Bush und zahlreiche andere westliche Staats- und Regierungschefs (Kohl, Mitterrand, Thatcher, Major und andere) den Sowjets, «die sowjetischen Sicherheitsinteressen zu schützen und die UdSSR in künftige europäische Sicherheitssysteme einzubeziehen».

Die NATO-Erweiterung nach dem Ende des Kalten Krieges, die Mitte der 90er Jahre mit der Einführung des Programms «Partnerschaft für den Frieden» Gestalt annahm, verfolgte zwei Hauptziele: Erstens die Neugestaltung der europäischen Ordnung und zweitens die Ausgrenzung Russlands. Die osteuropäischen Staaten, insbesondere die baltischen Staaten, waren natürlich mehr als erpicht darauf, der NATO beizutreten, und zwar nicht nur aus Sicherheitsgründen, sondern auch, um einen schnelleren Weg zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) zu finden.

Die erste NATO-Erweiterung nach dem Ende des Kalten Krieges erfolgte 1999, als die Tschechische Republik, Ungarn und Polen Mitglieder wurden. Der Kreml reagierte nicht darauf, auch nicht im Falle Polens. Erstens, weil sich Russland inmitten eines politischen und wirtschaftlichen Chaos befand, und zweitens, weil alle politischen Gruppierungen in Polen sowohl die NATO- als auch die EU-Mitgliedschaft befürworteten. Der russische Widerstand gegen die NATO-Erweiterung war jedoch bereits aktenkundig. So nahm die russische Staatsduma im Herbst 1996 einstimmig eine Resolution an, in der sie die NATO-Erweiterung verurteilte und davor warnte, dass sie zu einer Krise führen würde.

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die Nato mehrere Erweiterungsrunden durchlaufen. Im Jahr 2004 traten sieben Länder dem Bündnis bei: Bulgarien, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Estland, Lettland und Litauen; 2009 traten Albanien und Kroatien der NATO bei, während die jüngsten Mitglieder Montenegro im Jahr 2017 und die Republik Nordmazedonien im Jahr 2020 dem Bündnis beitrat.

Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 drängten die USA auch auf einen sofortigen Membership Action Plan (MAP) für Georgien und die Ukraine, aber Deutschland, Frankreich und kleinere NATO-Staaten sträubten sich gegen diese Idee. Der Fall Georgien und Ukraine wurde von führenden europäischen Politikern als höchst umstritten angesehen, da sie wussten, dass ein solcher Schritt eine feindselige Reaktion Russlands hervorrufen könnte.

Wladimir Putin hatte die Staats- und Regierungschefs der NATO und der USA mehrfach gewarnt, dass das Angebot einer NATO-Mitgliedschaft für Georgien und die Ukraine eine «rote Linie» für Russland darstelle.

Um Washington zu beschwichtigen, machten die europäischen Staats- und Regierungschefs dennoch die vage Zusage, Georgien und die Ukraine irgendwann in der Zukunft zum Nato-Beitritt einzuladen. «Wir haben uns heute darauf geeinigt, dass diese Länder Mitglieder der NATO werden», sagte NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer auf einer Pressekonferenz während des NATO-Gipfels in Bukarest, nachdem die Staats- und Regierungschefs es versäumt hatten, Georgien und die Ukraine zum jetzigen Zeitpunkt in den MAP aufzunehmen.

Russlands Reaktionen

Am 8. August 2008 gab Putin den russischen Streitkräften grünes Licht für den Einmarsch in Georgien. Der Konflikt war innerhalb weniger Tage beendet, doch laut Human Rights Watch begingen die Streitkräfte auf allen Seiten während des Konflikts «zahlreiche Verstöße gegen die Kriegsgesetze».

Bei dem Konflikt ging es um Südossetien. Der georgische Präsident Michail Saakaschwili beging den tragischen Fehler, einen militärischen Angriff auf die pro-russische abtrünnige Region zu befehlen, aber es besteht kaum ein Zweifel daran, dass der Einmarsch Russlands in Georgien auch ein Signal an die NATO war, sich von seinen Grenzen fernzuhalten.

Russlands militärischer Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 ist ungerechtfertigt und stellt eine grobe Verletzung des Völkerrechts dar. Noam Chomsky stellt den russischen Einmarsch in die Ukraine in eine Reihe mit dem Einmarsch der USA in den Irak und dem Einmarsch Hitler-Stalins in Polen.⁷ Dennoch kann niemand die Tatsache übersehen, dass die russische Führung den Westen seit Jahrzehnten vor der NATO-Osterweiterung gewarnt hat. Niemand kann ernsthaft behaupten, dass die USA den russischen Bären in der Zeit nach dem Kalten Krieg nicht absichtlich provoziert haben. Wie John Mearsheimer im Zusammenhang mit dem aktuellen Einmarsch in der Ukraine dargelegt hat,⁸ begannen die Probleme eigentlich auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008.

Doch all dies scheint den Führern der NATO und der USA egal zu sein. Im Gegenteil, sie sind entschlossen, die Provokation und Aggression zu verdoppeln. Auf dem Madrider Gipfel fassten die NATO-Staats- und Regierungschefs weitreichende Beschlüsse, die zu globaler Instabilität und noch viel Schlimmerem führen könnten.

Die NATO bezeichnete Russland als «direkte Bedrohung» für den Frieden und die Sicherheit ihrer Mitglieder. Das ist eine abenteuerliche Vorstellung, denn damit impliziert die NATO, dass Russland Pläne für einen Angriff auf westliche Hauptstädte hat.

Die Vorstellung, dass Russland eine militärische Bedrohung für den Westen darstellt, ist so lächerlich wie die Aussage der republikanischen Abgeordneten im US-Kongress Marjorie Taylor Greene, dass «Kinder mit Schusswaffen ausgebildet werden sollten».

In Wirklichkeit ist es die NATO, die eine direkte Bedrohung für die russische Sicherheit darstellt.

Mit der Verabschiedung des neuen strategischen Konzepts werden die USA ihre militärische Präsenz (mit mehr Truppen, Kampfflugzeugen und Schiffen) auf europäischem Boden erheblich ausweiten. Damit ist das existenzielle Dilemma Europas, ein Vasall der USA zu sein oder nicht, endlich gelöst.

Mit dem Beitritt Finnlands und Schwedens ist die NATO-isierung Europas nahezu abgeschlossen. Die einzigen EU-Mitgliedstaaten, die noch nicht der NATO angehören, sind Österreich, Zypern, Irland und Malta.

Zu eindeutigen Verteidigungszwecken wird die NATO natürlich auch die Zahl der Truppen an der Ostflanke, die Russland am nächsten liegt, massiv aufstocken, und die Zahl der Truppen, die in höchster Alarmbereitschaft sind, wird auf weit über 300'000 ansteigen, verglichen mit den 40'000 Truppen, die derzeit die schnelle Eingreiftruppe des Bündnisses bilden.

China als Konkurrent

Man sollte sich darüber nicht täuschen. Das neue strategische Konzept läuft auf die Wiederbelebung und das Wiederaufleben einer alten NATO-Vision hinaus, die nichts anderes ist als die Sicherung der Bedingungen für die Reproduktion der globalen Hegemonie der USA.

Aus diesem Grund wurden die regionalen Partner der NATO – Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea – zum ersten Mal zur Teilnahme an einem NATO-Gipfel eingeladen. Der indo-pazifische Raum hat sich zu einer der dynamischsten Regionen der Welt entwickelt, und dort befindet sich auch China. Das Streben nach globaler Hegemonie seitens der US-geführten, westlich orientierten Armeen erfordert Massnahmen zur Bewältigung bestehender, neuer und künftiger Bedrohungen und Herausforderungen.

Dementsprechend erklärten die Staats- und Regierungschefs der NATO China zum ersten Mal zu einer sicherheitspolitischen Herausforderung. Sie scheuten davor zurück, das Land aus verschiedenen Gründen als «Gegner» zu bezeichnen, auch wenn die Beziehungen zwischen den USA und China in der Tat recht feindselig sind.

Erstens sind die Volkswirtschaften Chinas und der Vereinigten Staaten eng miteinander verflochten. China aus der globalen Versorgungskette und den Schlüsselindustrien auszuschliessen, ist für die Vereinigten Staaten zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine nahezu unmögliche Aufgabe. China ist auch der grösste Han-

delspartner der Europäischen Union. Daher haben weder Europa noch die Vereinigten Staaten ein starkes Interesse daran, China als Gegner zu behandeln.

Zweitens: Während Russland militärisch eingedämmt werden kann, ist dies bei China nicht möglich. Nur eine direkte militärische Konfrontation mit China kann das Wachstum seiner militärischen Vorherrschaft in Ostasien aufhalten. China liegt jedoch ausserhalb der Interessensphäre der NATO, und obwohl die USA versuchen werden, eine Brücke zwischen den euro-atlantischen und den indo-pazifischen Bündnissen zu schlagen, kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich die europäischen Staaten in Bezug auf den indo-pazifischen Raum der Sichtweise der USA anschliessen werden.

In der Tat sollte man nicht erwarten, dass die europäischen Bürger militärische Abenteuer im Ausland unterstützen. Aus einer kürzlich vom Rat für Auswärtige Angelegenheiten der EU veröffentlichten Umfrage geht hervor,⁹ dass die europäischen Bürger in den ersten hundert Tagen des russischen Krieges gegen die Ukraine zwar die westliche Intervention und die Wirtschaftssanktionen unterstützten, dass aber jetzt in allen Ländern, mit Ausnahme Polens die öffentliche Stimmung für den Frieden ist. Die Umfrage zeigt eine wachsende Kluft zwischen den erklärten Positionen vieler europäischer Regierungen und der öffentlichen Stimmung in ihren Ländern. Nur in Polen, Deutschland, Schweden und Finnland gibt es eine substanzielle öffentliche Unterstützung für eine Erhöhung der Militärausgaben.

Das neue strategische Konzept der NATO kommt zu einem kritischen Zeitpunkt in der Entwicklung des internationalen Systems nach dem Kalten Krieg, in dem Unsicherheit vorherrscht und die dominierenden Akteure nukleare Grossmächte sind. Es handelt sich in der Tat um ein leichtsinniges und höchst gefährliches Vorgehen, das die Feindseligkeit zwischen Russland und dem Westen sowie das Misstrauen zwischen den USA und China verstärken und höchstwahrscheinlich die autoritäre Achse Russland-China festigen wird. Alle Voraussetzungen für den Ausbruch eines totalen Krieges sind gegeben.

Es überrascht nicht, dass Peking die NATO bereits wegen ihres sogenannten neuen strategischen Konzepts kritisiert hat, und der chinesische Präsident Xi Jinping, vielleicht in Erwartung der weitreichenden Beschlüsse der NATO-Staats- und Regierungschefs auf dem Madrider Gipfel, sicherte Putin Mitte Juni die Unterstützung Chinas für die russische «Souveränität und Sicherheit» zu.¹⁰

Putin warnte seinerseits Finnland und Schweden, dass es symmetrische Reaktionen von Russland geben werde, falls dort «militärische Kontingente und militärische Infrastrukturen» stationiert würden, was die Stationierung von Atomwaffen in der Ostseeregion einschliesst.¹¹

Die Zukunft sieht düster aus. Die NATO hat auf dem Madrider Gipfel Beschlüsse gefasst, die sehr wohl zum Ausbruch eines globalen Kalten Krieges führen können. In diesem Sinne verfolgt die NATO weiterhin denselben Weg der Konfliktescalation, nur dass ihre endlose Expansionspolitik jetzt die Aussicht auf ein Armageddon vergrössert.

Die deutsche Version dieses Textes ist eine Übernahme vom Online-Magazin *Telepolis*. Er erschien im englischen Original im Online-Nachrichtenmedium *Common Dreams* in den USA.

Endnoten

1 <https://www.theguardian.com/commentisfree/2022/feb/28/nato-expansion-war-russia-ukraine>

2 <https://time.com/6141806/russia-ukraine-threats/>

3 <http://www.acronym.org.uk/old/archive/14hels.htm>

4 <https://www.washingtonpost.com/news/retropolis/wp/2018/07/17/he-is-honest-but-smart-as-hell-when-truman-meets-stalin/>

5 <https://www.wilsoncenter.org/publication/moscow-1941-city-and-its-people-war>

6 <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early>

7 <https://www.heise.de/tp/features/Chomsky-Wir-muessen-insistieren-dass-ein-Atomkrieg-eine-undenkbare-Politik-ist-7134205.html>

8 <https://www.newyorker.com/news/q-and-a/why-john-mearsheimer-blames-the-us-for-the-crisis-in-ukraine>

9 <https://ecfr.eu/publication/peace-versus-justice-the-coming-european-split-over-the-war-in-ukraine/>

10 <https://www.bssnews.net/international/66829>

11 <https://www.theguardian.com/world/2022/jun/29/russia-condemns-nato-invitation-finland-sweden>

Der Autor

C.J. Polychroniou ist Volkswirt und Politikwissenschaftler und hat an zahlreichen Universitäten und Forschungszentren in Europa und den Vereinigten Staaten gelehrt und gearbeitet. Seine letzten Bücher sind „The Precipice: Neoliberalism, the Pandemic and the Urgent Need for Social Change“ (Eine Sammlung von Interviews mit Noam Chomsky, 2021) und „Economics and the Left: Interviews with Progressive Economists“ (2021).

Quelle: <https://www.hintergrund.de/globales/kriege/die-nato-bedroht-den-weltfrieden/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

| | | |
|------------|-------|------|
| 120x120 mm | = CHF | 3.- |
| 250x250 mm | = CHF | 6.- |
| 300X300 mm | = CHF | 12.- |

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM ‹Billy› Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



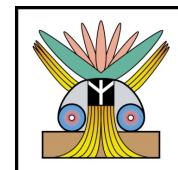
© FIGU 2022

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, ‹Freie Interessengemeinschaft Universell›, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz